

An die
deutschen Mitglieder
des Europaparlaments

Freiburg, 19. Januar 2023

Politische Krise und staatliche Gewalt in Peru

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Informationsstelle Peru ist ein deutsches Netzwerk der Solidarität zwischen Deutschland und Peru. Wir wenden uns an Sie, weil wir angesichts der aktuellen Ereignisse in Peru in großer Sorge sind und dringenden Handlungsbedarf von Seiten des Europaparlamentes sehen.

Seit sieben Jahren befindet sich Peru in einer politischen Krise. Am 7. Dezember 2022 kündigte der damalige Präsident Pedro Castillo an, das Parlament aufzulösen. Dies führte zu seiner sofortigen Absetzung und Verhaftung. Noch am selben Tag wurde Dina Boluarte als neue Präsidentin vereidigt. Diese Ereignisse haben die Krise extrem verschärft und landesweit eine Welle von Protesten ausgelöst, vor allem in den südlichen Anden. Die Demonstrierenden halten die Regierung für unrechtmäßig und fordern unter anderem den Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte sowie vorgezogene Präsidentschafts- und Kongresswahlen.

Polizei und Streitkräfte sind brutal und gewaltsam gegen die Demonstrierenden vorgegangen. Dabei wurden 41 Menschen getötet und mehr als 600 verletzt, wie aus den jüngsten Berichten der staatlichen Ombudsstelle hervorgeht. Bei den Zusammenstößen wurden außerdem ein Polizist getötet und 442 Polizisten verletzt.

Recherchen von Journalist*innen, die sich auf zahlreiche Zeugenaussagen und Videos stützen, belegen die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt, die gegen nationale und internationale Richtlinien verstößt. Es gibt Beweise für Schüsse auf Demonstrierende und andere nicht regelkonforme Aktionen von Polizei- und Armeeangehörigen. Gesundheitsbehörden berichten über den Tod von Demonstrierenden durch Schüsse und Schrotkugeln in Kopf, Brust und Unterleib. Die Strategie der Regierung ist Verfolgung und Einschüchterung. Die Demonstrationen gehen weiter, und es wird befürchtet, dass die Gewalt weiter eskaliert.

Präsidentin Boluarte hat vorgeschlagen, die Wahlen auf April 2024 vorzuverlegen. Dies wird von der Bevölkerung kategorisch als unzureichend abgelehnt. Jüngsten Umfragen zufolge (IEP, 2022) halten 60 % der Bevölkerung die Proteste für gerechtfertigt, und 58 % sind der Ansicht, dass das Vorgehen der Ordnungskräfte unverhältnismäßig war. Sowohl die Regierung als auch der Kongress (der eine Zustimmungsrate von nur 9 % hat) ignorieren diese

Realität und die über 50 Todesfälle, die ihre Regierung zu verantworten hat. Die andauernden Demonstrationen offenbaren eine tiefe Krise des gegenwärtigen politischen Systems, das es nicht geschafft hat, Wirtschaftswachstum mit Inklusion, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit zu verbinden. Die soziale Spaltung, massive Diskriminierung und die Vernachlässigung der ländlichen Bevölkerung haben zudem die illegale Wirtschaft und die weit verbreitete Korruption vorangetrieben.

Das Ausmaß der Proteste, die brutale Reaktion der staatlichen Behörden und das Fehlen von Lösungen sind das Spiegelbild einer der schlimmsten strukturellen Krisen der letzten Jahrzehnte. Für uns ist klar: Es handelt sich nicht um eine weitere "politische Krise wie in den letzten Jahren", sondern um einen „Kipppunkt“ für den Rechtsstaat in Peru, der sich langfristig auf die Entwicklung der Demokratie des Landes auswirken wird. Deshalb ist es dringend notwendig, auf eine Lösung durch Dialog hinzuarbeiten. Dies ist nur unter strikter Achtung der Menschenrechte möglich.

Als Mitglied der Andengemeinschaft unterhält Peru Beziehungen mit der Europäischen Union, deren Grundlage das 2003 unterzeichnete Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit ist. Dieses Abkommen soll die Voraussetzungen für politische und soziale Stabilität in den Andenländern auf der Grundlage der strikten Achtung der Menschenrechte schaffen. Peru ist auch ein strategischer Partner in den Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union, mit der seit 2013 ein Freihandelsabkommen in Kraft ist. Einer der Grundsätze dieses Abkommens ist gerade die Achtung der Menschenrechte als wesentliches Element der Beziehungen zwischen den Vertragsparteien (Artikel 1).

Auf der Grundlage dieser Kooperationsbeziehungen und der ihnen zugrunde liegenden demokratischen Prinzipien bitten wir Sie als Mitglied des Europäischen Parlaments dringend, darauf hinzuwirken, dass die Europäische Union der aktuellen Situation in Peru die notwendige Aufmerksamkeit schenkt.

Wir halten es für außerordentlich wichtig, dass die EU im Rahmen ihrer Zusammenarbeit die peruanische Regierung auffordert, die Menschenrechte zu garantieren, die internationalen Normen für die Anwendung staatlicher Gewalt zu beachten und Rechtsverletzungen unparteiisch zu untersuchen. Als Präzedenzfall für andere ähnliche Fälle in der Region bitten wir Sie, sich bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass sie die Entsendung einer Delegation nach Peru in Erwägung zieht, um die Menschenrechtssituation im Land zu überprüfen.

Das Handeln der internationalen Gemeinschaft nach den Grundsätzen der Solidarität und Zusammenarbeit ist eminent wichtig für die Suche nach einem Weg zum Dialog und Frieden in Peru. Ein frühzeitiges Handeln der EU ist für diesen Prozess entscheidend.

Mit freundlichen Grüßen



Heinz Schulze
Vorstand



Norma Driever
Vorstand